Nr. 2 / 1. Jahrgang
Verlagsort: Berlin

Freitag, 9. Juli 1937
א אב תרצז

Das Jüdische Volk

Organ der Staatszionistischen Organisation

Abonnements- und Anzeigen-Verwaltung: Berlin SW 68, Lindenstraße 69. Fernsprecher: 17 58 51; Bankkto.: Iwria-Bank, Berlin C 25, Dircksenstraße 26/27; Postscheckkto.: Berlin 125 106, beides unter „L. Stock"

Verlag: Das Jüdische Volk, Verlagsges. m. b. H., Berlin SW 68, Schützenstraße 13, Fernsprecher 17 70 51; dortselbst auch die Hauptschriftleitung, Sprechstunden Montag bis Mittwoch von 11 bis 1 Uhr. Erscheint jeden Freitag. Einzelpreis 20 Pf., durch die Post per Streifband 10 Pf. mehr. — Verlagsort: Berlin

Angemeldet beim Sonderbeauftragten des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda betr. Überwachung der geistig und kulturell tätigen Juden im deutschen Reichsgebiet

Postabonnementspreis: Inland 74 Pf. monatl. einschl. 4 Pf. Zeitungsgebühr zuzügl. 6 Pf. Bestellgeld, Ausland — soweit postalisch zugelassen: RM. 1.70 pro Vierteljahr zuzügl. Bestellgeld. — Streifbandbezugspreis für 3 Monate: Inland RM. 3,30, Ausland RM. 3.—. Anzeigenpreis: 15 Pf. die 12gesp. Millimeter-Zeile. Rabatte usw. laut Tarif. Anzeigenschluß: Donnerstag 10 Uhr

Letztes Telegramm

(eigener Bericht)

Jerusalem, 8. Juli. Sir Wauchope richtete im Rundfunk Mittwochabend eine Ansprache an die Bevölkerung und forderte Ruhe und Ordnung. Er bat dringend um sorgfältige Abwägung der Vorschläge der Kgl. Kommission.

Die Spannung im Lande ist bis zur Siedehitze gestiegen.

Das Militär liegt in Alarmbereitschaft und ist zum sofortigen Einsatz bereit.

Die Aufgabe des Zionismus ist: Das Volk Israel und sein Land zu erlösen, seinen Staat und seine Sprache wiederzubeleben und die Heiligtümer der Tora im Leben der Nation zu verwurzeln

Wir, die politischen Zionisten, erfassen unsere Aufgabe anders. Wir wollen keine Klein-Kolonisation, sondern eine große Einwanderung. *Max Nordau.*

Kampf gegen Teilung

Z. J. Fiebernd vor Erwartung stehen die Juden in aller Welt vor der Veröffentlichung des Berichtes der Kgl. Kommission. In den letzten Tagen sind zu einem großen Teil schon die Pläne und Absichten der Kommission in der Presse bekannt geworden. Die Stellung der Juden zum Teilungsplan braucht nicht bis zur vollständigen Veröffentlichung des gesamten Berichtes zu warten. Schon der Gedanke ist im Prinzip zu unserer Einstellung durchaus genügend. Um eine entschlossene und unerschütterliche Opposition hervorzurufen, genügt es zu wissen, daß die Kommission eine Verstümmelung Palästinas vorgeschlagen hat, eine Ausschließung der Juden von jenen unbesiedelten und unerschlossenen Gebieten, die in Wirklichkeit viele tausend Juden, die in den Ländern der Diaspora wirtschaftliche und geistige Verfolgung erleiden, aufnehmen sollen und können. Auch Einwendungen zum Teilungsplan können auf jüdischer Seite nicht durch die Lockungen des Wortes „Judenstaat" gemildert werden. Seit Jahren haben wir als Staatszionistische Organisation das Banner des Judenstaates hoch vor uns hergetragen. Bei Konferenzen, in der Presse, öffentlich und privat, haben wir immer wieder das Schlagwort des Judenstaates gepredigt. Jahre hindurch waren wir die einzige zionistische Bewegung, die es überhaupt wagte, von einem Judenstaat zu sprechen. Während uns politische jüdische Führer davor warnten, einem Phantom nachzujagen, dessen Verfolgung dem Zionismus nur schaden könnte, ließen wir uns dadurch keineswegs beirren, im vollen Vertrauen darauf, daß die Geschehnisse selbst eines Tages die Logik und die Stoßkraft herbeibringen werden, die alle unsere Erregungen und unsere Anstrengungen der zionistischen Bewegung nicht zu verleihen vermochten. Die Ironie des Schicksals will, daß gerade in dem Augenblick, in dem der Begriff des Judenstaates von den Führern desselben Zionismus aufgegriffen und zur Schau getragen wird, wir uns verpflichtet sehen, diesen selben Vorschlag in seiner jetzigen Form zu bekämpfen und uns ihm bis aufs letzte zu widersetzen.

Um zu erfassen, wie verhängnisvoll die ausgebliebene und entsprechende Opposition zum Teilungsplan sich auswirken muß, muß man sich vergegenwärtigen, daß gerade dieses Versehen auf drohende Teilung mit Vehemenz zu reagieren, es der Kommission — nach gründlicher Orientierung über die Gedankeneinstellung — möglich machte, die Berichte so zu vollenden, wie man von Anfang an geplant hatte. Selbstverständlich wurden die Mitglieder der Königlichen Kommission und des Colonial Office über die privaten sowohl als über die offiziellen Entscheidungen der Führer der Zionistischen Bewegung gut und ständig unterrichtet, so daß sie in der eigenartig günstigen Lage waren, den wirklichen Wert all der schreienden Proteste dieser jüdischen Führer in London, Jerusalem und anderen Teilen der Welt zu beurteilen. Was soll das Colonial Office denken, wenn das Aktionskomitee einen abweisenden Kampfruf gegen Teilung erläßt, während der Leiter der Bewegung selbst in London den Eindruck dann verschafft, daß unter gewissen Umständen Teilung wohl annehmbar wäre? Welche Schlüsse müssen einflußreiche englische Kreise ziehen, wenn die zahlreichen Besuche bei wichtigen Persönlichkeiten bei diesen die Ueberzeugung zurücklassen, daß ihr Gast ein Schrittmacher jener Lösung ist, dem die Bewegung als solche angeblich feindlich gegenübersteht? Auch sollte die wichtige Tatsache nicht übersehen werden, wenn sie auch bisher in der jüdischen Presse niemals Erwägung fand, daß auf die allerersten Gerüchte dieser Teilung hin ein Strom von jüdischen „Kolonisatoren" aus Palästina nach London eilten, alle wohl ausgerüstet mit Landkarten und Tabellen, um noch im letzten Augenblick die Königliche Kommission davon zu überzeugen, daß unter keinen Umständen bei der Teilung ihr persönlicher Landbesitz außerhalb des jüdischen Gebietes liegen darf. K nerlei Kampf gegen die Teilung an sich, lediglich ein Versuch, dafür zu sorgen, daß sie nicht zu kurz kommen, wenn nach der Teilung die Landpreise im jüdischen Gebiet zu steigen beginnen. In einer solchen Atmosphäre kann natürlich ein Kampf gegen die Teilung nicht von Erfolg begleitet sein, es sei denn, daß die Massen selbst ihre Sache verfechten und alle doppelzüngige und unaufrichtige Opposition ihrer Führer zum Schweigen bringen und klar und deutlich die Entschlossenheit der Juden zeigen, jenen unbilligen Teilungsplan abzulehnen.

(Fortsetzung Seite 2)

Weltumfassende Aktion gegen Teilung

Auf einer Sitzung der Nessiut wurde beschlossen, alle Zweige der Organisation in der ganzen Welt aufzufordern, sich mit Demonstrationen und jeder möglichen Art von Propaganda gegen die Teilung Palästinas zu beschäftigen.

Niemals!

Zusammenbruch des Weizmann-Zionismus
Karrikatur eines Judenstaates

Vor einigen Wochen erst hat die Zionistische Organisation ihr vierzigjähriges Bestehen gefeiert und damit die Erinnerung an die große Zeit der kleinen zionistischen Organisation, die Theodor Herzl damals geschaffen hatte, wach gerufen. Der Bericht der Kgl. Kommission, den wir in diesem Blatte veröffentlichen, ist daher als eine Art Schlußstrich unter eine zionistische Epoche zu werten, an deren Anfang der unvergeßliche Name Theodor Herzl steht und deren letzte zwei Jahrzehnte mit dem Namen Weizmann überschrieben werden können. Welch ein Abstieg; dort der ungeteilte und unverfälschte Zionismus, Befreiung des ganzen jüdischen Landes von Dan bis Berseba und von der Wüste bis zum Meer und damit Erlösung des jüdischen Volkes und Lösung der Judenfrage, hier ein Miniaturstaat, umfassend einen Bruchteil des historischen jüdischen Landes mit unmöglichen Grenzen und darüber hinaus zerstückelt durch britische und arabische Enklaven und Korridore.

Was Jabotinsky und seine Getreuen seit Jahren immer wieder warnend und beschwörend vorausgesagt haben, und was nach den Verhandlungen vor der Königlichen Kommission und den Meldungen der letzten Wochen sich immer stärker als Gewißheit aufdrängte, ist eingetreten. England ist bereit, die Balfour-Deklaration zu verleugnen, das Mandat zu zerreißen und Erez Israel noch viel weitgehender zu zerstückeln, als dies durch die seinerzeitige Abtretung von Transjordanien geschehen ist. Soweit das jüdische Volk noch nicht jedes Gefühl für nationale Ehre und Liebe zur Freiheit verloren hat, kann es darauf nur die eine Antwort geben: Niemals! Vor wenigen Tagen äußerte ein aus Deutschland stammender alter Zionist in Jerusalem: Die Antwort auf das arabisch-jüdische Problem werde — englisch sein. Nun, sie ist es in der Tat geworden, aber das jüdische Volk ist nicht gewillt, diese englische Lösung zu akzeptieren. Wir haben den Herzlschen Judenstaatsgedanken durch zahllose Sturmjahre hindurchgetragen und man braucht uns gewiß nicht darüber zu belehren, welche Bedeutung ein, wenn auch kleiner souveräner Staat für jede Volksgemeinschaft besitzt.

Judenstaat in Westentaschenformat

Und trotzdem wir das wissen, steht unsere Ueberzeugung fest, daß mit diesem „Judenstaat in Westentaschenformat" die Aufgabe unserer historischen und unverjährbaren Rechte allzu teuer bezahlt würden. Zionismus ist nicht bloß und nicht einmal hauptsächlich Schaffung des Judenstaates, sondern die Erlösung des jüdischen Volkes und die Lösung des in fast allen Teilen der Welt schwelenden ungelösten Judenproblems. Zionismus ist aber auch undenkbar ohne Zion, und England sollte es sich sehr wohl überlegen, ob es in dem Herzen des jüdischen Volkes dieselbe Rolle zu spielen wünscht, wie sie seit nahezu zwei Jahrtausenden, d. h. seit der Zerstörung Jerusalems, das alte Rom gespielt hat.

Der judenfeindliche Pferdefuß

In dem Bericht der Königlichen Kommission, deren Empfehlungen die englische Regierung sich offenbar mehr oder weniger zu eigen macht, spielt der Geist der antisemitischen Palästinaregierung eine überragende Rolle. So schwer die etwas allgemein gehaltenen Nachrichten auch einen genauen Ueberblick gestalten, so scheint doch festzustehen, daß nach dem Kommissionsvorschlag das industrielle Kraftzentrum des jüdischen Aufbauwerks, das Ruthenbergwerk in Tel Or, und das stolzeste und zukunftsreichste Industriezentrum, die Pottasch-Werke am Toten Meer, nicht zum Judenstaat gehören sollen. Wenn auch irgendeine internationale Kontrolle für Jerusalem verständlich wäre, um die heiligen Stätten anderer Religionen treuhänderisch zu verwalten, so zeigt doch die an sich für diesen Zweck völlig entbehrliche Einwanderungsbeschränkung für Jerusalem allzu deutlich den judenfeindlichen Pferdefuß. Noch eindeutiger ist vielleicht die den Negew betreffende Regelung. Hier handelt es sich um eine fast menschenleere weite Steppe, die erst durch umfassende Wassergewinnung für Kolonisationszwecke erschlossen werden kann. Es gehörte nur sehr wenig guter Wille dazu, dieses fast menschenleere Gebiet wenigstens der jüdischen Kolonisation zu reservieren und damit Möglichkeiten für hunderttausende jüdischer Menschen zu geben. Und nicht einmal dieses Minimum an gutem Willen ist offenbar vorhanden gewesen. Wir verstehen durchaus, daß gewisse Vorschläge offenbar so unzulänglich formuliert sind, um sich im Laufe der nächsten Wochen Konzessionen „abringen" zu lassen. Wir verstehen sehr gut, daß diese Taktik dazu bestimmt ist, Herrn Weizmann und seinen Kreisen die Möglichkeit zu verschaffen, vor den Zionistenkongreß zu treten und unter Hinweis auf die „erkämpften" Verbesserungen ein Ja zu dieser Karikatur eines Judenstaates auszusprechen. Wir werden uns durch keinerlei Taktik in unserer grundsätzlichen Stellungnahme beeinflussen lassen. Diesem Versuch, das jüdische Volk um seine ewigen Rechte zu betrügen, kann nur unzweideutige Ablehnung und erbitterter Widerstand entgegengesetzt werden. Wir haben bereits mit aller Deutlichkeit die Versuche entlarvt, die der Weizmann-Kreis seit vielen Wochen unternimmt, um das Teilungsprojekt einerseits durchzusetzen und andererseits den Juden schmackhaft zu machen. Wir rechnen hierzu auch die Ausführungen eines zionistischen Redners in der Herzl-Feier am Mittwoch in Berlin, der plötzlich seiner alten offenbar im Verborgenen blühenden Vorliebe für jüdisches Militär und eine jüdische Marine so lebhaften Ausdruck gab. Es ist kein Judenstaatszionismus, wenn man uns unsere Begriffe und unsere Attribute stiehlt, die wir für den Dienst an einem wesentlichen größeren Werk geschaffen haben. Und wenn in dieser Versammlung eine ebenfalls unserem Sprachschatz entlehnte Weise aufklang, daß man angeblich bereit sein würde, diesen Judenstaat mit der Waffe in der Hand zu verteidigen, so glauben wir, daß Waffen zunächst einmal dazu bestimmt sein sollen, den Judenstaat zu erkämpfen, den das jüdische Volk braucht, und zu dem das Judenstaatsprojekt der Peel-Kommission nicht einmal als Abschlagszahlung gewertet werden kann.

Seit Jahren haben wir uns bemüht, den Kampfgeist des jüdischen Volkes zu wecken. Wir haben vorausgesehen, daß die Stunde kommen würde, da von dem Mut und der Entschlossenheit der jüdischen Menschen Entscheidendes abhängen würde. Diese Stunde ist da und wir sehen, daß wir richtig gerechnet haben. Wir erleben schon jetzt das Einlullen der öffentlichen Meinung der Juden durch eine zu jedem „auf den Boden der gegebenen Tatsachen Treten" bereite Presse. Diese Verzichtpolitik ist ein Unglück für die jüdische Sache. Gegenüber einer müden Resignation, wie sie schon jetzt zum Ausdruck kommt, rufen wir zum Kampf mit allen Mitteln. Noch ist auch für die nächsten Jahre noch nichts verloren. Palästina ist wohl englisches Mandatsland, aber nicht englischer Besitz. Jetzt hat der Völkerbund das Wort, bei dem die Neuzionistische Organisation seit Monaten eine intensive Tätigkeit enfaltet hat. Jetzt hat auch Amerika die Möglichkeit, seine Stimme zu erheben, ohne dessen Zustimmung, wie der englische Kolonialminister im Unterhause erst kürzlich wieder bestätigt hat, eine entscheidende Aenderung des gegenwärtigen Status nicht erfolgen kann. Jetzt wird es wesentlich darauf ankommen, wieweit unsere natürlichen Bundesgenossen, Polen, Rumänien und andere Länder, die an einem Abfluß ihrer jüdischen Bevölkerung zu tiefst interessiert sind, ihren Einfluß einzusetzen bereit sind. Aber in letzter Linie hat nur eine einzige Instanz die endgültige Entscheidung, und das ist das seine Freiheit liebende und in seiner Not zum letzten Einsatz bereite jüdische Volk. Die Welt muß verstehen, daß ihr und unser Interesse nicht durch eine Verlegenheitslösung gewahrt wird, die keine Lösung ist, weil sie keine Möglichkeit bietet, die Millionen jüdischer Menschen, für die Erez Israel nationales Ziel und physische Rettung ist, im Judenstaat zu sammeln. Wenn das jüdische Volk sich nicht selbst aufgeben will, so muß es dieses Nein, dieses Niemals in unzweideutiger Form aussprechen. Aber es muß auch den Willen erkennen lassen, dieses Nein zu verwirklichen. Wenn es zu dieser Zerstückelung Palästinas vorläufig kommen sollte, gleichviel ob mit geringen Modalitäten oder nicht, so muß in diesen Tagen die jüdische Irredenta erwachen, geschaffen von freiheitsliebenden stolzen Kämpfern, wie sie die Makkabäer waren, bereit zu jedem Einsatz, bis das Ziel erreicht und das Banner des Judenstaates von Dan bis Berseba, von der Wüste bis zum Meer weht und das politische Testament Theodor Herzls verwirklicht ist. *G. K.*

Kampf gegen Teilung (Fortsetzung von Seite 1)

Noch etwas anderes muß man bedenken, wenn der Kampf gegen die Teilung siegreich sein soll. Es ist kein Geheimnis mehr, daß seit dem Bekanntwerden der Teilung die höheren zionistischen Führer und die gewöhnlichen Wichtigtuer in der zionistischen Bewegung, zu Diplomaten und politischen Sachkennern mit besonderem „Fingerspitzengefühl" geworden sind. Sie rasen herum und raten allen Zionisten, so laut wie möglich zu schreien und sich so stürmisch wie möglich dem Teilungsplan zu widersetzen. Nicht, weil auf diese Weise der Plan vernichtet werden könnte, — so erklären sie heimlich mit halber Stimme — sondern weil er unvermeidlich ist und weil Lärm die einzige Möglichkeit ist, um bessere Landesgrenzen zu erreichen. Mit anderen Worten, diese Anti-Teilungsagitation ist eine Gefahr und ein Fallstrick an sich, die direkt auf die Teilung hinzielt und nur betrieben wird, nicht um die Teilung zu bekämpfen, sondern um günstigere Verhandlungsbedingungen für technische Fragen und Probleme im Rahmen des Projekts zu schaffen. Dessen muß sich das jüdische Volk bewußt sein. Es muß sich auch klar darüber sein, daß nur ein ehrlicher und offener Kampf gegen jeden Versuch der Teilung Aussicht auf Erfolg haben kann. Wird erst einmal der geringste Verdacht laut, daß eine solche Opposition nur den Zweck haben soll, die Resultate der Schachereien mit dem Colonial Office auf der Basis der Teilung zu verbessern, so wird uns von Anfang an der Boden unter den Füßen entzogen werden.

Die Opposition der Teilung muß ehrlich sein und darf keinerlei Kompromisse zulassen. Sie darf unter keinen Umständen von Männern geleitet werden, die inzwischen die Teilung als unvermeidlich anerkannt und sich des Verrates am jüdischen Volk schuldig gemacht haben. Sie sind sogar bereit, über die Grenzen eines verstümmelten Palästinas zu verhandeln. Wir begrüßen mit Freude die wachsende Bewegung gegen die Teilung, die augenblicklich in Palästina außerhalb der offiziellen Leitung um sich greift. Das kürzlich in Palästina veröffentlichte Manifest mit den Unterschriften der führenden Rabbiner und der leitenden Persönlichkeiten der jüdischen Städte und Siedlungen ist ein würdiger Anfang und muß als Zeichen gedeutet werden, daß bei vielen, die bisher der offiziellen Führung ihr Vertrauen geschenkt haben, sich in der Frage der Teilung Argwohn regt. Wir werden weder durch die Verhandlungen, noch Auslegungen der jüdischen Rechte und Forderungen uns gebunden fühlen. Unsere einzige Waffe ist das historische Mandat, das von den Juden von Generation zu Generation vererbt wurde, die Hoffnung auf Rückkehr in ein eigenes ungeteiltes Erez Israel. Keine jüdische Körperschaft, keine Organisation und keine einzelnen Personen dürfen dieses Recht für ein Linsengericht verkaufen. Wir haben die Zuversicht, daß im Laufe des harten und weiteren Kampfes, der sich um die Teilung abspielen wird, die jüdischen Massen bald erkennen werden, auf wessen Seite das wahre Banner des Zionismus weht. Die Lehren und Forderungen des Staatszionismus werden sich in diesem Kampfe dem jüdischen Volke als gerechtfertigt bewähren und beweisen. Wird nicht unter dem Druck der Ereignisse und der Logik der Tatsachen das jüdische Volk bald selbst nach der Schaffung eines Instrumentes verlangen, das den jüdischen Willen zum Ausdruck bringt, so daß in den Kanzleien der Regierungen kein Zweifel mehr darüber herrschen wird, wessen Stimme die Stimme Jacobs ist? Wenn wir noch irgendeinen Funken Selbsterhaltungstrieb in uns haben, noch nicht vollkommen in die politische Verkalkung der alten zionistischen Organisation übergeglitten sind, dann rufen wir das jüdische Volk auf, damit es die Initiative zur Abwehr und Beseitigung der Ursache einer abscheulichen Tat ergreift, die am ganzen jüdischen Volke begangen wird.

Wir verlangen vom jüdischen Volk **Proteste der Tat.** Nur die Tat, die geboren ist aus dem Kampfeswillen eines um sein Dasein ringenden Volkes, kann die jetzigen Menschen zum Aufhorchen und zur Besinnung bringen. Zeigen wir Staatszionisten der Welt, daß jüdische Massen in allen Ecken der Welt in einem Gefühl der bitteren Enttäuschung, des Verratenseins sich befinden. Zeigen wir der Welt, daß es im jüdischen Volke gefährlich zu gären beginnt, sagen wir der Welt, daß auf einem solchen Versuch der „gerechten" Beseitigung eines zweitausendjährigen historischen Unrechtes das jüdische Volk nur mit geballten Fäusten in einem Zustande verzweifelten Aufbäumens seines unterdrückten Lebenswillens mit aller Energie und allen Mitteln antworten kann. Wollt ihr wissen, wie man auf den Versuch einer solchen Knechtung eines Freiheitsstrebens reagiert, dann schlagt ein beliebiges Geschichtsbuch auf und blättert nach in der Geschichte der Buren, der Aegypter und des italienischen Befreiungskrieges. Macht es halb, viertel so gut, aber macht etwas! Laßt keinen Tag verstreichen, ohne daß ihr euren eisernen Willen kund tut, den Willen, frei wie alle anderen Völker der Erde auf eigener Scholle leben zu können. Kurz, reagiert so, wie ein lebens- und freiheitsdurstiges und willensstarkes Volk auf solche Entschlüsse reagieren muß. Rüttelt das verrostete englische Gewissen auf. Sollen die nächsten Wochen zu den 100 Tagen vor einem jüdischen St. Helena in unserer Geschichte werden?

Echo aus Erez Israel

Die United Press verbreitet einen Artikel des revisionistischen Organs „Hajarden", in dem es heißt:

„Man hat uns die Augen geöffnet. Wir haben den Strick, der uns an den Wagen des Kolonialamtes gebunden hat, durchschnitten. Wir Juden sind entschlossen, bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen. England wird sich die Konsequenzen überlegen müssen, die eine Enttäuschung der 400 000 Juden in Palästina und der 16 Millionen Juden außerhalb Palästinas nach sich ziehen müßte. Der jüdische Staat wird unter allen Umständen auf beiden Seiten des Jordans errichtet werden. Es hängt von England ab, ob dies mit oder gegen seinen Willen geschehen wird."

Führende Zionisten aus Palästina treffen in Kairo Jabotinsky

Jerusalem. Führende Persönlichkeiten, wie Dr. Hexter, Elijahu Berligne und Rabbi Ostrowski, sowie mehrere revisionistische Führer haben sich nach Aegypten begeben, um dort mit Wladimir Jabotinsky zusammenzutreffen. Es soll die politische Lage im Zusammenhang mit der bevorstehenden Veröffentlichung des Peel-Berichtes besprochen werden.

Gegen den Teilungsplan

Warschau. Wladimir Jabotinsky hat in dem offiziellen Organ der N. Z. O. in Polen, „Unser Welt", einen Artikel veröffentlicht, in dem er sich entschieden gegen jeden Plan einer Teilung Palästinas ausspricht.

Die Vorschläge der Kommission:

Das Märchen vom Judenstaat

Wenn Ihr wollt, bleibt dies ein Märchen

Palästinamandat wird beseitigt

Der Bericht der Königl. Kommission schlägt die Aufhebung des gegenwärtigen Palästina-Mandats und seine Ersetzung durch ein Vertragssystem, wie es gegenüber dem Irak und Syrien gilt, vor. Palästina wird in einen jüdischen Staat, der Galiläa und die Küstenebene, jedoch nicht bis zur ägyptischen Grenze, umfaßt, und in einen arabischen Staat geteilt, der mit Transjordanien vereinigt werden soll. Der Negew und die unerschlossenen Gebiete Transjordaniens werden für Wiederansiedlung von Arabern aus dem südlichen Teil Palästinas reserviert. Zur Sicherung der Heiligen Stätten von Jerusalem und Bethlehem wird ein neues Mandat geschaffen, für das die Balfour-Deklaration nicht gelten soll. In der Veröffentlichung des Kommissionsberichtes heißt es:

Da die Kommission zu dem Schlusse gelangt ist, daß es keine Möglichkeit gibt, das Palästina-Problem auf Grund des bestehenden Mandats (oder auch durch einen Kantonisierungsplan) zu lösen, schlägt sie die Beendigung des gegenwärtigen Mandats auf der Basis einer Teilung vor und empfiehlt einen bestimmten Plan, den sie als durchführbar, ehrenhaft und gerecht erachtet. Der Plan ist folgender:

Vertragssystem mit Irak und Syrien

Das Palästina-Mandat soll beendet und durch ein Vertragssystem entsprechend der früheren Regelung im Irak und in Syrien ersetzt werden.

Auf Grund von Verträgen, über die von der Mandatarmacht mit der Regierung Transjordaniens und Vertretern Palästinas einerseits und mit der Zionistischen Organisation andererseits verhandelt werden soll, soll erklärt werden, daß binnen kurzem zwei souveräne unabhängige Staaten errichtet werden sollen: 1. ein Araberstaat, bestehend aus Transjordanien, das mit dem den Arabern zugewiesenen Teil Palästinas vereinigt wird, 2. ein Judenstaat, bestehend aus dem den Juden zugewiesenen Teil Palästinas. Die Mandatarmacht würde sich verpflichten, Gesuche der Regierungen des arabischen und des jüdischen Staates um Zulassung zum Völkerbund zu unterstützen. Die Verträge würden strenge Garantien zum Schutze der Minderheiten enthalten. Militärkonventionen würden den Verträgen angeschlossen werden.

Schaffung der palästinensischen Galut

Zur Durchführung des Auftrages, die Heiligkeit von Jerusalem und Bethlehem aufrecht zu erhalten, und freien sicheren Zutritt zu diesen Stätten für die ganze Welt zu sichern, soll ein neues Mandat errichtet werden. Es soll eine von einem Punkt nördlich von Jerusalem bis zu einem Punkt südlich von Bethlehem reichende Enklave abgegrenzt werden, für die dieses Mandat Anwendung findet, und durch einen Korridor von Jerusalem nach Jaffa soll der Zutritt zum Meer gewährleistet werden. Die Politik der Balfour-Deklaration würde in dem Mandatgebiet nicht Anwendung finden.

Der Mandatarmacht soll auch die Verwaltung von Nazareth anvertraut werden mit der Vollmacht zum Schutze der Heiligkeit der Gewässer und der Küste des Tiberias-Sees und des Schutzes religiöser Einrichtungen, und von Gebäuden, Monumenten und Plätzen in dem arabischen und in dem jüdischen Staat, die den Juden und den Arabern heilig sind.

Das Märchen vom Judenstaat

Es wird folgende Grenze zwischen dem arabischen und dem jüdischen Staat vorgeschlagen: Beginnend bei Ras el Nakura folgt sie der bestehenden Nord- und Ostgrenze Palästinas bis zum Tiberias-See, durchschneidet ihn bis zum Ausfluß des Jordan und folgt dem Fluß bis zu einem Punkt nördlich von Beisan. Sie durchschneidet dann die Beisan-Ebene, verläuft längs des Südrandes der Jesreel-Ebene bis zu einem Punkt bei Megiddo und kreuzt dann den Kamm des Karmel in der Nähe der Megiddo-Straße. Hierauf verläuft sie nach Süden längs des Ostrandes der Küstenebene, biegt nach Westen aus, um Tulkerem zu umgehen und erreicht den Korridor Jerusalem—Jaffa bei Lydda. Im Süden des Korridors geht sie weiter längs des Randes der Ebene bis zu einem Punkt etwa zehn Meilen weit von Rechowot und verläuft dann nach Westen zum Meer.

Haifa, Tiberias, Safed und Akko sollen eine Zeitlang unter Mandatsverwaltung bleiben. Jaffa soll einen abgesondert liegenden Teil des arabischen Staates bilden, schmale Landstreifen im Norden und Süden der Stadt sollen erworben und geräumt werden, um dem unter Mandatsverwaltung stehenden Korridor den Zugang zum Meer zu verschaffen.

Der jüdische Vertrag soll freien Güter-Transitverkehr unter Zollverschluß zwischen dem arabischen Staat und Haifa vorsehen.

Mit Rücksicht auf mögliche Handelsentwicklungen in der Zukunft soll eine Enklave an der Nordwestküste des Golfs von Akaba unter Mandatsverwaltung bleiben, und der arabische Vertrag soll freien Güter-Transitverkehr zwischen dem jüdischen Staat und dieser Enklave, sowie zur ägyptischen Grenze in Rafah vorsehen. Ebensolche Erleichterungen sollen in dem Vertrag für den Güter-Transitverkehr zwischen dem Mandatsgebiet und Haifa, Rafah und dem Golf von Akaba vorgesehen sein.

Der jüdische Staat soll dem arabischen Staat eine Subvention bezahlen

Eine Finanzkommission soll eingesetzt werden, um über die Höhe und Verteilung der öffentlichen Schuld Palästinas und andere Finanzfragen Ratschläge zu erteilen.

Im Hinblick auf den rückständigen Zustand Transjordaniens soll vom Parlament ein Zuschuß von zwei Millionen Pfund für den Araberstaat verlangt werden.

Als Teil des vorgeschlagenen Vertragssystems soll ein Handelsvertrag mit dem Ziel der Schaffung eines gemeinsamen Zolltarifs für eine möglichst große Reihe von Einfuhrartikeln und zur Erleichterung eines möglichst freien Güteraustauschs zwischen den drei Territorien geschlossen werden.

Die Rechte aller öffentlichen Beamten, einschließlich des Pensionsrechtes, sollen voll gewahrt bleiben.

Garantien für Potash Company und Ruthenberg-Werk

Von der Palästina-Regierung geschlossene Abkommen über die Entwicklung und Sicherheit von Industrien, wie der Palestine Potash Company sollen von den Regierungen des arabischen und des jüdischen Staates übernommen und durchgeführt werden. In den Verträgen soll Garantie hierfür geleistet werden. Die Sicherheit des Kraftwerkes in **Jisr el Majami** soll in gleicher Weise garantiert werden.

In den Verträgen soll vorgesehen sein, daß, falls arabische Bodeneigentümer im jüdischen Staat, oder jüdische Eigentümer in dem arabischen Staat ihren Boden verkaufen wollen, die Regierung des betreffenden Staates verantwortlich sein soll für den Kauf zu einem Preise, der erforderlichenfalls von der Mandatarregierung festgesetzt werden wird.

Es soll sofort eine Untersuchung über die Bewässerungs- und Landentwicklungsmöglichkeiten Transjordaniens, des Beersheba-Distrikts und des Jordantales unternommen werden. Wenn es sich herrausstellt, daß ein wesentliches Ausmaß an Boden für die Wiederansiedlung von Arabern, die in dem jüdischen Gebiet leben, bereitgestellt werden kann, dann sollen im Interesse der beiden beteiligten Parteien Anstrengungen gemacht werden, um ein Abkommen über Boden- und Bevölkerungsaustausch herbeizuführen. Um ein solches Abkommen zu erleichtern, soll das Parlament des Vereinigten Königreiches aufgefordert werden, einen Beitrag zu den Kosten des notwendigen Entwicklungsplanes zu leisten.

Für die Uebergangsperiode bis zum Inkrafttreten der Verträge macht die Kommission folgende Vorschläge: Bodenkauf durch Juden in dem arabischen Gebiet oder durch Araber in dem jüdischen Gebiet soll verboten werden. Jüdische Einwanderung in das arabische Gebiet soll nicht zugelassen werden. Der Umfang der jüdischen Einwanderung soll bestimmt werden auf Grund der Aufnahmefähigkeit Palästinas mit Ausschluß des arabischen Gebietes. Es sollen unverzüglich Verhandlungen aufgenommen werden, um eine Abänderung des Artikels 18 des Mandates herbeizuführen und den Außenhandel Palästinas auf eine gerechte Basis zu stellen. Der Beirat der Palästina-Regierung soll womöglich durch Ernennung von arabischen und jüdischen Vertretern erweitert werden. Das Munizipal-System soll nach den Vorschlägen von Fachleuten reformiert werden. Es soll eine starke Anstrengung unternommen werden, um die Zahl der arabischen Schulen zu erhöhen.

Judenstaat beginnt mit Drosselung der Einwanderung

In der Zeit, in der die Form eines Teilungsplanes ausgearbeitet wird, beabsichtigt die Regierung Sr. Majestät als vorläufige Maßnahme Schritte zu unternehmen, um Bodentransaktionen zu verhindern. Sie plant, im Hinblick darauf, daß die Periode der laufenden Arbeiterschedule Ende Juli zu Ende geht und für die nachfolgende Periode Vorkehrungen getroffen werden müssen, daß für den acht Monate umfassenden Zeitraum von August 1937 bis März 1938 eine **jüdische Gesamteinwanderung von 8000 Personen sämtlicher Kategorien zugelassen werden soll, vorausgesetzt, daß die wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit des Landes dadurch nicht überschritten wird.**



Parlamentsdebatte über die neue Palästinapolitik

Weißbuch der Britischen Regierung

London, den 8. Juli. (ITA.) In der am 7. Juli abgehaltenen Sitzung des Unterhauses kündigte der Ministerpräsident Chamberlain die Veröffentlichung eines Weißbuches der Britischen Regierung über die neue Palästinapolitik an.

„Britische Oeffentlichkeit fest auf dem Boden der Balfour-Deklaration"

Ein Bericht der „Gazeta Polska"

Warschau, 7. Juli (ITA). Die „Gazeta Polska", das führende Blatt der polnischen Regierungspresse, hat an der Spitze ihrer letzten Ausgabe einen Bericht ihres Londoner Korrespondenten über die neue Palästina-Politik veröffentlicht, in dem die Meinung ausgesprochen wird, daß das Projekt der Peel-Kommission in seiner jetzigen Form nicht durchgeführt, sondern in einer dem Sinne des Mandats besser entsprechenden Weise abgeändert werden wird. Es wird dabei auf die Stimmung der britischen Oeffentlichkeit hingewiesen, die nach wie vor an den Absichten der Balfour-Deklaration festhalte, sowie auf die Wünsche und Interessen der anderen Staaten, deren Zustimmung zu einer grundlegenden Aenderung der Mandatspolitik in Palästina erforderlich ist.

Polnische Regierungspresse gegen Teilung Palästinas

Für die Pläne Jabotinskys

Warschau. Das Regierungsorgan „Gazeta Polska" schreibt, Polen werde, wenn die Berichte der englischen Presse über die Teilung Palästinas richtig sind, eine negative Stellung zu dem Bericht der Königl. Kommission einnehmen müssen. Polen sei an einer jüdischen Auswanderung großen Maßstabes interessiert. Wenn aber der künftige Judenstaat in Palästina so klein sein wird, wie die britische Presse erklärt, dann werde er nur 350 000 Juden aufnehmen können und Palästina werde seine Bedeutung als Mittel zur Lösung der Judenfrage für Polen verlieren. Dem Plan Jabotinskys, der die Auswanderung von 75 000 Juden jährlich aus Polen in den nächsten zehn Jahren vorsieht, messe die polnische Regierung größte Bedeutung bei. Sie setze sich darum nachdrücklich für diesen Plan ein.

Hauptschriftleiter: Zoltán Illés, Berlin W 50. — Verantwortlicher Anzeigenleiter: Paul Rehfisch, Berlin-Wilmersdorf. — Auflage der Nrn. 1—3 1937 je 20 000. — Verlag: „Das Jüdische Volk", Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin. — Druck, Abonnements- und Anzeigenverwaltung: M. Leßmann, Berlin. — Anzeigen-Preisliste Nr. 1 ist gültig.
Die vorliegende Nummer ist abgeschlossen am Donnerstag, 8. Juli 1937.
Bei Betriebsstörung infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Nachlieferung des Blattes oder Rückzahlung des Bezugsgeldes. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. Eine Verpflichtung zur Honorierung von unverlangt eingesandten Manuskripten, die nicht zum Abdruck kommen, wird ausdrücklich abgelehnt.



Unsere Meinung

Rund um den Schekel

Trotz der politischen Hochspannung, in der die zionistische Welt im Hinblick auf den Bericht der Königlichen Kommission lebt, scheint die Schekel-Kampagne der Zionistischen Organisation einen unerwartet schleppenden Verlauf zu nehmen. Auch in Deutschland ist offenbar mit einem starken Rückgang des Schekelabsatzes gegenüber dem Ergebnis von vor zwei Jahren zu rechnen.

Die Verlängerung der Schekel-Aktion und die in allerletzter Stunde noch einsetzende Propaganda sind ein deutliches Zeichen. Nur aus dieser Schwierigkeit heraus ist auch die Rede zu verstehen, die der bisherige Vorsitzende des Berliner Bar Kochba-Hakoah auf der Generalversammlung dieses Vereins am 12. Juni 1937 gehalten hat. Nach dem Bericht des Mitteilungsblattes des Bar Kochba-Hakoah wies Dr. Friedenthal auf die Wichtigkeit des Schekels hin und betonte, daß jeder Bar Kochbaner verpflichtet sei, nicht nur den Schekel zu kaufen, sondern auch für den Schekel zu werben und die andern von der Wichtigkeit des Schekels zu überzeugen.

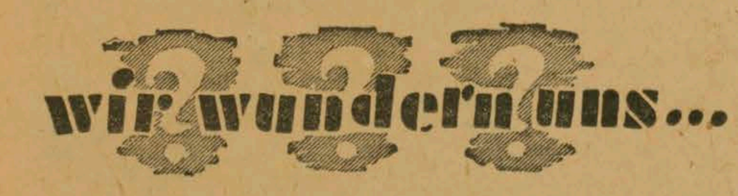
Dr. Friedenthal wird ja nicht vergessen haben, daß dem Bar Kochba auch Mitglieder der Staatszionistischen Organisation angehören, die es grundsätzlich ablehnen, den Schekel zu kaufen, und die im gegenwärtigen Moment eine Stärkung der Schekel-Aktion sogar eine Gefahr für das jüdische Volk erblicken, da mit dem Erwerb des Schekels die Zustimmung zu der Weizmannschen Politik der Verstümmelung Palästinas dargetan werden könnte. Dr. Friedenthal weiß also genau, daß es nicht wahr ist, daß jeder Bar Kochbaner verpflichtet ist, den Schekel zu kaufen, da wir dann längst unsere Mitglieder zum Austritt aus dem Bar Kochba aufgefordert hätten. Wir dürfen es uns daher mit aller Bestimmtheit verbitten, daß solche irreführenden Behauptungen aufgestellt werden, um damit im Trüben zu fischen.

Von den vorliegenden Resultaten der Schekel-Kampagne ist besonders die Nachricht aus der Tschechoslowakei interessant. Diese ist bekanntlich in der Zionistischen Welt die Hochburg des Brith-Schalomismus. Es erfüllt uns daher mit tiefer Genugtuung, daß als Zeichen des Erwachens des nationalen Gewissens der tschechoslowakischen Juden das Schekelergebnis nur 20 000 gegenüber 25 000 vor zwei Jahren beträgt. Wenn trotzdem die Tschechoslowakei, wie berichtet wird, ein Kongreßmandat mehr erhält als vor zwei Jahren, so stehen wir diesem Vorgang ein wenig verständnislos gegenüber. Sollte etwa, während viele Staaten zu einer Abwertung ihrer Währung gezwungen waren, der Schekel in der Tschechoslowakei eine Aufwertung erfahren haben?

Inzwischen sind auch die Kongreßwahlen in Wien erfolgt, mit dem Ergebnis, daß sich an der Verteilung der Sitze gegenüber dem vorigen Kongreß nichts geändert hat. Bemerkenswert dürfte aber immerhin sein, daß in einer Stadt mit so vielen gesetzestreuen Juden wie Wien der Misrachi nur ca. 700 Stimmen und damit kein einziges Mandat erhalten hat. Die Abkehr des gesetzestreuen Judentums aus dem Lager der alten Zionistischen Organisation macht offenbar weitere Fortschritte.

Zum Schluß noch eine Meldung aus Palästina, die nicht verfehlen wird, erhebliches Aufsehen zu erregen. Die Kwuzot des Makkabi Hazair haben nämlich beschlossen, sich für die Kongreßwahl der Liste der Poale Zion (Mapai) anzuschließen. Diese Stellungnahme hat in weitesten Kreisen lebhaften Protest hervorgerufen. Mit besonderer Schärfe hat sich „Haboker", die bekannte allgemein-zionistische Tageszeitung gegen sie gewandt und es als einzigartig bezeichnet, daß die Makkabi-Hazair-Leute eine Klassenpartei unterstützen. Warum, so fragt Haboker, nennen sich diese Burschen Makkabäer, warum nehmen sie, gerade sie, diesen Namen auf; entweihen sie nicht diesen teueren historischen Namen, den sie jetzt mit fremden Fahnen schmücken, die dem Bruderhaß nahestehen? Nein! Der Makkabi ist kein Bundesgenosse für den Schomer Hazair, der auch auf der Liste der Poale Zion erscheint. Und zum Schluß stellt Haboker noch eine Frage: „Wo bleibt der Makkabi selbst, wie gestattet er diese ideologische Entwicklung in den Reihen seiner jüngeren Brüder?" Wir können nicht leugnen, daß auch uns diese Frage lebhaft beschäftigt, aber wir werden hier wohl vergeblich auf eine Antwort warten.

— e —



„Zionistische Erziehung"

London. Großen Unwillen erweckte in den hiesigen zionistischen Kreisen die Meldung, daß die sogenannten unparteiischen zionistischen Jugendgruppen von dem Bazillus der revolutionären und Klassenkampf-Doktrin unter dem Einfluß der zionistisch-sozialistischen Partei infiziert wurden, welche ihre Identität mit der Leitung der Zionistischen Organisation ausnutzte, um alle zionistischen Institutionen mit ihren Menschen zu besetzen.

Das letzte typische Beispiel kommt aus einem „Weekend"-Sommerlager, welches der „Habonim" unweit Elstree am Weekend einordnete. Das Lager war ausschließlich dem Zusammentreffen der Führer des „Habonim" gewidmet und man nützte diese Gelegenheit weidlich aus, um gegen Jabotinsky und die Neu-Zionistische Organisation zu schimpfen. Fast jede Rede oder Auseinandersetzung war gegen den Revisionismus und seine Persönlichkeiten gewendet. Die Höhe der Propaganda, das, was den jungen Menschen nach Hause mitgegeben wurde, läßt sich an der folgenden Strophe eines Liedes messen, das eines der populärsten des Lagers war:

„Wir werden Jabotinsky hängen
Auf einen Orangenbaum."

Mattatiahu Schocham gestorben

Im Alter von 44 Jahren ist in Warschau Mattatiahu Schocham (Polakiewicz), der bedeutendste hebräische Dichter Polens, gestorben. Obwohl er seit einigen Wochen krank war, ist sein plötzlicher Tod unerwartet gekommen. Vor wenigen Tagen hatten die Aerzte an ihm ein Leberkarzinom festgestellt.

Schocham war Vorsitzender des hebräischen Schriftsteller-Vereins und stellvertretender Vorsitzender des hebräischen Pen-Klubs in Polen. Seit 1934 war er auch Dozent für neuhebräische Literatur an dem Judaistischen Institut in Warschau.

Krise in der Reichsvertretung beendet

Austrittserklärung der Berliner Gemeinde – Einigung in zwölfter Stunde

Die seit ungefähr zwei Monaten dauernden Verhandlungen, die die Berliner Gemeinde mit dem Ziele einer Umgestaltung der Reichsvertretung eingeleitet hat, drohten in den letzten Tagen zum Versanden zu kommen. Die Forderungen der Berliner Gemeinde, die die Konzentration der Arbeit in der Reichsvertretung auf politische Vertretung und finanzielle Fundierung des Liquidationsprozesses wollten, fanden bei den Kreisen, die bisher Träger der Reichsvertretung waren, so gut wie keine Berücksichtigung. Dafür wurde versucht, durch zahlreiche Kundgebungen die Berliner Gemeinde unter Druck zu setzen. Hinzu kam eine sehr heftige, mit schwersten Verdächtigungen verbundene Pressekampagne in der jüdischen Auslandspresse. In dieser Situation entschloß sich der Berliner Gemeindevorstand, am Montag, die letzte Konsequenz zu ziehen und seine Verbindung zur Reichsvertretung abzubrechen. Diese etwas drastische Maßnahme hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Offenbar begann man erst jetzt in den Kreisen, die der Reichsvertretung nahestehen, zu erkennen, daß es der Berliner Gemeinde durchaus ernst mit ihren Reformwünschen war und daß insbesondere rein sachliche Gründe ihr eine weitere Verschleppung der Verhandlungen untragbar erscheinen ließen.

Seit Dienstag nachmittag wurde in kleineren Gremien eifrig über eine Annäherung der beiderseitigen Standpunkte verhandelt mit dem Ergebnis, daß die Vertreter der Gemeinde und des Preußischen Landesverbandes sich entschlossen, am Mittwochvormittag auf der Grundlage der Vorverhandlungen in unmittelbare Verhandlungen einzutreten. In einer kleinen Kommission, der die Herren Dr. Baeck, Direktor Stahl, Dr. Herzfeld, Direktor Kareski, Dr. Grünewald und R.-A. Seligsohn angehörten, wurde denn auch eine Ueberbrückung der Gegensätze erreicht.

Insbesondere wurden dem aus dem Rat zu bildenden Haushaltungsausschuß solche Kompetenzen eingeräumt, daß er die Möglichkeit hat, auf die Gestaltung der Reichsvertretungs-Arbeit einen weitgehenden Einfluß auszuüben. Die Forderung der Berliner Gemeinde nach weitgehendem Abbau soll von dem Haushaltungsausschuß auf ihre Durchführungsmöglichkeit geprüft werden mit dem Ziele, zu einer angemessenen Verringerung der Beamten und damit des Unkostenapparates zu gelangen. Auch hinsichtlich der Verwaltung von selbständigen Dezernaten durch ehrenamtlich tätige Mitglieder des Präsidialausschusses soll der Haushaltsausschuß Vorschläge machen, wenn im Präsidial-Ausschuß geeignete Persönlichkeiten vorhanden sind.

Die Erhöhung der Ratssitze des Preußischen Landesverbandes von acht auf zwölf war schon vor der Ausschußsitzung gebilligt.

Die Kommission wandte sich dann der Zusammensetzung des Präsidialausschusses zu, dem Dr. Otto Hirsch und Dr. Franz Meyer als Geschäftsführer eo ipso angehören, und einigte sich auf folgende Zusammensetzung:

Direktor Stahl, R.-A. Seligsohn, Dr. Landenberger, Dr. Alexander-Krefeld von liberaler Seite; Dr. Klee, Michaelis, Dr. Josephsthal, Dr. Sulzberger, Dr. Grünewald von zionistischer Seite; Dir. Schmeidler von der Staatszionistischen Organisation; Prof. Dr. Freymann, Frankfurt a. M., als Vertreter der Konservativen.

Ferner wurde der Staatszionistischen Organisation und der Aguda je ein Ratssitz eingeräumt, vorausgesetzt, daß diese Organisationen sich der Reichsvertretung anschließen.

Die Vorschläge der Kommission wurden einstimmig vom Rat und Präsidialausschuß genehmigt und der Haushaltsausschuß wie folgt zusammengesetzt:

Direktor Kareski für die Berliner Gemeinde; Bruno Woyda für den Preußischen Landesverband; Staatsrat Lippmann, Hamburg, für die außerpreußischen Landesverbände; Oettinger, Frankfurt a. M.; Ministerialrat i. R. Fuchs, Berlin.

In seinem Schlußwort gab Dr. Baeck seiner Befriedigung über die durch die Tagung erfolgte Bereinigung der Atmosphäre Ausdruck, dankte allen, die sich um die Einigung bemüht hatten und forderte die Gremien der Reichsvertretung auf, die Arbeit für die ihnen anvertrauten Interessen mit allem Nachdruck aufzunehmen.

* * *

Nach den vielen unerquicklichen Vorgängen der letzten Wochen kann der Verlauf der Tagung auch diejenigen mit Befriedigung erfüllen, die eine wirkliche Umgestaltung der Reichsvertretung als eine unvermeidliche Notwendigkeit erkannt und demzufolge gefordert haben. Wenn auch die Beschlüsse nicht in allen Teilen zu einer restlosen Erfüllung geführt haben, so sind doch genügend Wege geöffnet, um nunmehr die notwendige Reformarbeit innerhalb der Gremien der Reichsvertretung in einem angemessenen Tempo durchzuführen. Das starre Nein, das ursprünglich den Anhängern einer Umgestaltung entgegengestellt wurde, ist erfreulicherweise der besseren Einsicht gewichen und dadurch der unvermeidliche Bruch mit der Berliner Gemeinde und wahrscheinlich auch mit dem Preußischen Landesverband vermieden worden. An einer solchen Zuspitzung der Verhältnisse hatten auch die wärmsten Befürworter einer Reichsvertretungsreform kein Interesse, da die Notwendigkeit einer zentralen Führung der Judenheit in Deutschland von keiner Seite bestritten war.

Damit ist auch der Kampf, den die Staatszionistische Organisation seit ihrem Bestehen gegen die Reichsvertretung geführt hat, zu einem Abschluß gelangt. Dieser Kampf hatte zwei Ursachen. Einmal die personell und sachlich unmögliche Gestaltung dieser Körperschaft, die der Staatszionistischen Organisation ebenso wie den Vertretern anderer Anschauungen die Pflicht zu stärkstem Widerspruch auferlegte. Daneben mußte aber für die Staatszionistische Organisation naturgemäß auch noch ein anderer Gesichtspunkt eine Rolle spielen. Auf dem Jüdischen Weltkongreß in Genf im August 1936 hat der Führer der Polnischen Poale Zion einen bemerkenswerten Satz geprägt: „Wir sprechen jedem das Recht ab, in unserem Namen zu reden, solange er uns nicht gefragt hat und solange wir ihm nicht das Recht dazu gegeben haben." Dieselben Gesichtspunkte mußten auch das Verhältnis der Staatszionistischen Organisation zur Reichsvertretung bestimmen. Nachdem die Reichsvertretung nunmehr eine sich in der Richtung unserer sachlichen Wünsche bewegende Umgestaltung erfahren hat, und nachdem wir nunmehr einen Staatszionisten im Präsidialausschuß und im Rat neben dem Präsidenten unserer Organisation, der dort als Vertreter des Preußischen Landesverbandes sitzt, einen weiteren Staatszionisten zu stellen haben, liegt kein Anlaß mehr vor, die bisherige Kampfstellung beizubehalten.

Die Staatszionistische Organisation hat sich daher zur Zustimmung entschlossen, und sie wird nunmehr innerhalb der Gremien der Reichsvertretung mit Zähigkeit ihre Wünsche vertreten, Wünsche, von denen sie überzeugt ist, daß ihre Verwirklichung nicht nur im Interesse der Juden in Deutschland, sondern der Gesamtjudenheit geboten ist. G. K.

Nachrichten aus aller Welt

England. Dem Vizepräsidenten der United Synagoge, Sir Robert Waley Cohen, ist von dem Rat sein von dem in London lebenden Maler Oppenheimer gemaltes Porträt als Ehrengabe überreicht worden. Das Geschenk wurde als Zeichen der Dankbarkeit Sir Robert Waly Cohen übergeben.

Irland. Der bisherige Abgeordnete des irländischen Dail, Robert Briscoe, ist in seinem Wahlkreis wiedergewählt worden. Briscoe spielt seit vielen Jahren eine bedeutende Rolle in der irländischen Politik.

Tschechoslowakei. Auf dem in Bratislava tagenden Internationalen Kongreß der Völkerbundsligen hat unter dem Vorsitz der Holländerin Frau Baker van Bosse die Minderheitenkommission eine Resolution gefaßt, in der die Einführung des allgemeinen Minderheitenschutzes gefordert wird. Die Staaten, die bisher keine rechtlichen Verbindlichkeiten gegenüber ihren Minderheiten haben, sollen verpflichtet werden, diese ebenso zu behandeln, wie die Staaten, denen Minderheitsverpflichtungen durch die Friedensverträge auferlegt worden sind.

Oesterreich. In Wien findet gegenwärtig eine internationale Tagung des „Committee on the Christian Approach to the Jews" unter der Patronanz der „Schwedischen Gesellschaft zur Bekehrung der Juden" statt. Auf der Tagesordnung steht die Erörterung der Lage der Juden in den verschiedenen Ländern und der Mittel zur Herbeiführung einer Annäherung zwischen Juden und Christen. In mehreren Referaten werden auch die Probleme der Auswanderung nach Palästina, des Zionismus und der Assimilation aufgerollt.

Ungarn. Der Oberrabbiner der Pester Hauptsynagoge, Dr. Fischer, und der Oberrabbiner der Israelitischen Kultusgemeinde Kaposvar, Dr. Herzog, feierten ihr fünfzigjähriges Amtsjubiläum.

In Budapest hielt die wissenschaftliche und künstlerische Vereinigung des Ungarischen Jüdischen Landesmuseums unter Vorsitz ihres Präsidenten Wertheimer ihre ordentliche Jahres-Generalversammlung ab. Museumsdirektor Dr. Ernst Munkacsi erstattete den Direktionsbericht. Präsident Wertheimer legte als erste Publikation des Museums das neue Buch Dr. Munkacsis über die hebräischen Miniaturkodices des Mittelalters und der Renaissancezeit in den Bibliotheken Italiens vor. Das Buch ist mit 110 Kunstbeilagen ausgestattet.

Bulgarien. In Varna sind 140 Mitglieder der vor kurzem gegründeten judenfeinlichen Organisation der „Fortschrittskämpfer Bulgariens" verhaftet worden. Die Aktion gegen die Fortschrittskämpfer wurde vom Innenminister Krasnowski geleitet. Man glaubt, daß unter den Verhafteten die Urheber der Bombenanschläge zu suchen sind, die in Varna gegen die Synagoge und mehrere Häuser jüdischer Kaufleute unternommen wurden.

Italien. Die Jüdische Gemeinde Triest, an deren Spitze einige Monate lang ein Regierungskommissar stand, hat eine neue Leitung gewählt. Zum Vorsitzenden der Gemeinde ist Oberst Achille Levi Bianchini gewählt worden, ein Bruder des 1918 von Arabern in Palästina ermordeten Commodore Levi Bianchini, der Italien in der zionistischen Kommission vertrat, die unmittelbar nach Kriegsschluß Palästina besuchte.

In dem jüdischen Verein „Convegno Ebraico" ist eine Ausstellung jüdischer Künstler aus Italien eröffnet worden. Neben Gemälden von Giulio Jona, Elio di Gioacchino, der besonders durch seine Entwürfe für Theaterdekorationen bekannt ist, Eva Ismirli und Franca Corcos umfaßt die Ausstellung auch Bilder der Malerin Meta Cohn-Hendel aus Berlin.

Dänemark. Einer der hervorragendsten Industriellen Dänemarks, Beni Dessau, ist in Kopenhagen im Alter von 69 Jahren gestorben. Dessau war Jude.

Polen. Das Berufungsgericht in Lodz hat das Urteil gegen den Nationaldemokraten Szaniawski, der wegen Ermordung der jüdischen Einwohner Berkowicz und Zendel zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, bestätigt.

•

Das Kreisgericht in Czenstochau hat am 1. Juli den 36jährigen Fleischergehilfen Josef Bendrak, der den Eisenbahngepäckträger Stefan Baran erschossen hat, zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Die Tat Bendraks, die er nach einem Wortwechsel mit Baran, der von ihm Geld forderte, um sich Branntwein zu kaufen, verübte, hat bekanntlich zu den schweren judenfeindlichen Ausschreitungen in Czenstochau geführt.

•

Während des Markttages in Radomsk ist es zu antijüdischen Ausschreitungen gekommen. Mehrere Juden wurden erheblich verletzt und zahlreiche Marktstände jüdischer Händler zerstört.

•

In dem polnischen Kurort Zakopane sind in den letzten Tagen Bomben gegen jüdische Geschäfte geworfen worden. Hand in Hand mit diesen Bombenanschlägen geht eine heftige antijüdische Boykott-Agitation. Im Zusammenhang mit diesen Anschlägen sind in der letzten Zeit einige Nationaldemokraten verhaftet worden.

•

Der 20jährige Jakob Kaltmann, dem während des Pogroms in Brest-Litowsk die Beine gebrochen wurden, hat sich im Warschauer Krankenhause einer Amputation beider Beine unterziehen müssen. Sein Zustand ist hoffnungslos.

•

In Przemysl sind mehrere jüdische Passanten überfallen und mißhandelt worden. Ein Passant wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Die Angreifer sind entkommen.

Aus der Berliner Gemeinde

Aeltere Angestellte

In Kreisen der jüdischen Arbeitgeber wird es vielfach als Härte empfunden, wenn ihnen zugemutet wird, ältere Arbeitskräfte einzustellen. Dieser Standpunkt mag dem einzelnen manchmal nützlich erscheinen, vom Standpunkt der Gemeinschaft dagegen kann ihm nur widersprochen werden. Wenn im Zuge der seitens der Arbeitsämter durchgeführten Aktion, arbeitslose ältere Angestellte wieder in Arbeit zu bringen, auch eine intensive Intervention zugunsten jüdischer Erwerbsloser erfolgt, so kann dies nur dankbar begrüßt werden. Es ist nur bedauerlich, daß es einer solchen, von außen kommenden Anregung überhaupt bedurft hat.

Das Problem der älteren Erwerbslosen ist für unsere Gemeinschaft von besonderer Bedeutung. Es hat auch bereits zu Erörterungen innerhalb der Repräsentanten-Versammlung geführt, und zwar auf Grund einer Anregung der liberalen Fraktion.

Wenn man aber die Bedeutung dieser Sache würdigt, dann soll man sich nicht mit bloßen Demonstrationen begnügen, sondern Wege zeigen, wie geholfen werden kann. Dazu gehört eine Verteilung der der Gemeinde zur Verfügung stehenden Arbeitsgelegenheit nach sozialen Gesichtspunkten. Nicht wer zufällig Glück hat oder die besten Beziehungen, soll bei der Gemeinde Arbeit bekommen, sondern der, bei dem die größte soziale Wirkung damit erzielt werden kann. Es liegt auf der Hand, daß die Gemeinschaft ein größeres Interesse daran hat, ältere Angestellte in Arbeit zu bringen, die verheiratet und zum Teil Familienväter sind, weil damit ein größerer Personenkreis davor bewahrt wird, die Wohlfahrtseinrichtungen der Gemeinde in Anspruch zu nehmen. Jüngere Arbeitskräfte haben andere Möglichkeiten, sich zu helfen. Sie sind beweglicher in der Umstellung auf andere Berufe und sie haben eher Möglichkeit, ihre Auswanderung zu betreiben. Härten in dieser Richtung müssen angesichts der Schwere des Problems der älteren Angestellten unbedingt in Kauf genommen werden. Vor allen Dingen aber muß der Grundsatz zur Durchführung gelangen, daß nur solche Personen, soweit sie nicht fest angestellt sind, ihre Tätigkeit bei der Gemeinde behalten dürfen, die nicht aus andern Quellen einen auskömmlichen Lebensunterhalt bereits haben.

Es wird in weitesten Kreisen der Juden nicht verstanden, warum solche Personen, die aus ihrer früheren Tätigkeit irgendeine Pension beziehen, sich in Gemeindestellen befinden und dadurch anderen, die solche Bezüge nicht haben, eine bescheidene Existenz fortnehmen. Die Dinge haben sich eben grundlegend gewandelt. Erwägungen, die früher in solchen Fällen keine Rolle spielten, müssen angesichts der wachsenden Not mit allem Ernst geprüft werden, und die Personalpolitik der Gemeinde muß erheblich anders dirigiert werden als bisher, wenn die Gemeindeverwaltung auch auf diesem Gebiet den Anforderungen der Gerechtigkeit entsprechen will.

Neue Sprachen-Klasse der Handels-Schule

Die Schulverwaltung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin eröffnet in der Handelsschule der Gemeinde im Oktober eine neue Sprachenklasse.

Zum Aufbau des jüdischen Schulwesens

Für eine Bewegung, wie die staatszionistische, die, bei aller Aktivität in den gegenwärtigen Ereignissen, so auf die Zukunft gerichtet ist, darf die Frage nach der Ausbildung und Erziehung ihrer Jugend eine gar nicht zu überschätzende Rolle spielen. Die große Chance, den jungen Juden in allen Teilen seines Wesens zu erfassen, ihn zu erziehen, zu lehren und zu schulen, und ihn zu einem Juden zu machen, der weiß, was er seinem Volk jederzeit schuldig ist, haben wir in der Schule. Bei Anerkennung aller Bemühungen, die die Bünde in dieser Richtung unternehmen, muß doch erkannt werden, daß ihnen die Jugendlichen ja doch nur für kurze Stunden zur Formungsarbeit übergeben sind.

Betrachten wir die jüdische Schule der Gegenwart hier in Berlin. Die wesentliche Grundlage eines einheitlichen Erziehungssystems ist mindestens die einheitliche Leitung des Schulwesens. Die berufene Stelle für die Leitung des jüdischen Schulwesens ist die jüdische Gemeinde, deren national-jüdische Einstellung allerdings noch stärker in vielen Teilen ihres Organisationskörpers betont werden muß. Einheitlich ist das jüdische Schulwesen durchaus nicht geleitet, ganz abgesehen von der Fülle der Schultypen, die bei uns existieren und deren wertvollster Typ zweifellos für die Masse unserer Menschen die Volksschule darstellt.

Diese Uneinheitlichkeit in der Leitung bringt natürlich auch eine Uneinheitlichkeit in den Zielen mit sich. Wenn wir schon kein einheitliches Ganzes bilden, so sollten wir doch bei selbstverständlicher Wahrung aller naturgegebenen persönlichen Unterschiede, uns bemühen, zu unserem eigenen Besten eins zu werden. Wir kommen aber sehr schwer dahin, wenn gewisse Kreise versuchen, die junge Generation wieder in ihre Ideenwelt einzuführen, die doch einen so außerordentlich traurigen Zusammenbruch erlitten hat. Was ist das für eine „jüdische" Schule, wo alles wirklich Jüdische verpönt wird, von der Stellung des Hebräischen ganz zu schweigen? Wo vom jüdischen Volke wohl nie die Rede ist, obwohl man seine Leiden am eigenen Körper deutlich verspürt? Warum dann noch „Jüdische Privatschule" und nicht ehrlicherweise „Nichtarier"-Schule? Wie es jetzt geht, kann es keine Fortsetzung finden, wenn wir den jungen Juden erziehen wollen, der einst Bürger im eigenen jüdischen Staat sein soll, wissend um seine ewige jüdisch-menschliche Aufgabe, der Begegnung in echter Religiosität mit seinem Gotte, und auch wissend um seine zeitliche Aufgabe, dem Dienst an seinem Volk, hier und jetzt! Es muß eine Leitung der jüdischen Schulen gefordert und verwirklicht werden, die auf der Realität der jüdischen Nation basiert.

Dazu gehört untrennbar der jüdische Lehrer. Das ist nicht nur einer, der etwa gelernt hat zu lehren, was jüdische Konfession ist, und der sein Wissen an andere Juden weitergibt, wie man das halt so tut. Das ist auch kein „Kollege", von dem mir meine Kinder neulich ernsthaft erzählten, er wäre der Meinung: „Wir sind ein kleines, aber mießes Völkchen!" 16 Millionen sind nicht wenig und es soll schon eine Reihe von Juden geben, die einander sogar recht gut gefallen! Die Kinder müssen fühlen: Der liebt sein Volk — also ist unser Volk liebenswert — also wollen wir auch unser Volk lieben und als arbeitende und kämpfende Glieder seiner geistigen und materiellen Erhaltung fühlen und handeln. Und diese natürliche Haltung der Liebe zu allem, was unser Volk betrifft, die fehlt so oft und macht (im besten Falle) tüchtiger, aber menschlicher kalter Unterweisung Platz. „Chochme" allein ist gar nichts. Mit Gefühl allein geht es auch nicht. Kopf, Herz und Hand müssen in einem jüdischen Leben zur lebendigen Einheit werden. Alles durchwaltend aber muß der Leitsatz vor ihm stehen: Durch diese Kinder für mein Volk.

L. Sch.

Steuerquote wie im Vorjahr

Die Etatsberatungen, die sich in diesem Jahre in die Länge gezogen haben, weil ständig wechselnde Verhältnisse einen wiederholten Umbau des Etats erforderten, nähern sich ihrem Ende. Es ist, wenn auch nach erheblichen Schwierigkeiten und unter Zurückstellung mancher fast unabweisbarer Bedürfnisse gelungen, mit der Steuerquote des Vorjahres auszukommen. Die letzte Repräsentanten-Versammlung hat daher beschlossen, die Steuerquote für das Jahr 1937 in derselben Höhe wie für das Vorjahr festzusetzen. Trotzdem ist man sich in den Kreisen der Gemeindeverwaltung darüber klar, daß diese Verhandlungen nur einen vorläufigen Abschluß bedeuten. Wenn, wie es den Anschein hat, die Gemeinde gezwungen sein sollte, immer wieder neue Aufgaben und Lasten zu übernehmen, wird die Situation grundlegend neu geprüft werden müssen. In jedem Fall dürfte die vom Gemeindevorstand eingesetzte Sparkommission, an deren Spitze Direktor Kareski steht, an einschneidenden Aenderungen nicht vorbeigehen können. Es ist anzuerkennen, daß trotz finanzieller Beengtheit in diesem Jahre zum erstenmal ein Betrag von 15 000 RM. für Palästinaaufbauzwecke in den Etat eingesetzt worden ist.

Die Lehrkräfte

Ueber den Altersaufbau und die Vorbildung der bei der Berliner Gemeinde beschäftigten Lehrkräfte liegt eine statistische Erhebung vor, die besagt, daß am 15. März d. J. 290 Lehrkräfte im Schuldienst der Gemeinde tätig waren. Ganz besonders wird darauf hingewiesen, daß in 5 bis 10 Jahren der Lehrkörper überaltert sein dürfte. 29,3 Prozent der Lehrerschaft sind 40—50, 26,2 Prozent 30—40, 22,4 Prozent 50—60, 12,9 Prozent 25—30, 5,8 Prozent bis 25 und 3,4 Prozent über 60 Jahre alt. Der Prozentsatz der Frauen unter der Lehrerschaft beträgt 47,2 Prozent. Unter den Lehrkräften befinden sich mit akademischer Vorbildung 1 Studiendirektor, 1 Studienprofessor, 10 Studienräte, 21 Studienassessoren, 14 Studienreferendare und 9 Mittelschullehrer. Die Zahl der beschäftigten Volksschullehrer beträgt 68 oder 23,4 Prozent. Diese Lehrkräfte sind solche, die nur das erste und zweite oder nur das erste Volksschullehrerexamen abgelegt haben. Die Gesamtzahl der Lehrkräfte, welche die Qualifikation zur Erteilung des Religionsunterrichtes erworben haben, beträgt 110, d. s. 38,3 Prozent aller Lehrer; davon waren 48 Akademiker und 62 sonstige Religionslehrer.

Die Sozial-Philosophie der Bibel

Von WLADIMIR JABOTINSKY

Das Hauptmerkmal der biblischen Sozialphilosophie liegt im Namen „Jisraël", in jenem Teil des I. B. Mos. 32, 28, wo erzählt wird, wie unser Erzvater Jaakob seinen neuen Namen erhielt. Der Name bedeutet ja „der mit Gott gerungen". Eine Nacht lang rang ein Engel mit Jaakob und konnte ihn nicht besiegen, und so gab ihm der Engel den Namen „Mit Gott Ringender". Und gleichzeitig segnete ihn auch der Engel. Der Sinn des neuen Namens also war nicht Schimpf, sondern im Gegenteil eine Art Ehrentitel war es. Daß dem so ist, ersieht man auch daraus, daß der Mythos aus ihm den Namen für das ganze Volk machte. Was bedeutet das?

Klar: es bedeutet, daß nach biblischer Weltanschauung es keine Sünde ist, gegen Gott zu streiten. Der Herr schuf zwar die Welt so, wie sie ist, aber der Mensch darf es nicht zulassen, daß die Welt so bleibe, wie sie ist — er muß sie immer wieder verbessern, der Weltordnung Löcher, die der Herr zurückgelassen hat, stopfen — wahrscheinlich deshalb zurückgelassen, auf daß der Mensch kämpfe und strebe für Tikuno schel Olam (glanzvolle Gestaltung der Welt). Unser Erzvater Jaakob hat sein Lebenlang sein Hirn dazu verwendet, Gottes Werk zu verbessern. Jenes Kapitel über das Ringen mit dem Engel darf man sich „wissenschaftlich" erklären: mit seinem eigenen Gewissen rang unser Erzvater Jaakob in jener Nacht. Morgen früh muß er Esau, dem ältern Bruder, entgegentreten, den er, Jaakob, „beraubte". Düstere Gedanken gehen ihm durch den Kopf. Der Engel, der drin im Herzen lebt, fragt: Jaakob, Jaakob! Vielleicht ist dein ganzes Leben nur ein Lügengewebe? Und mit diesem Engel ringt Jaakob. Wäre es besser, wäre es gerecht, fragt er, daß Esau, ein Kind, ein gutherzig Unbedeutender, der Träger der großen Geheimnisse werde, die du, Herr der Welt, unserem Großvater Abraham anvertraut hast? Oder, daß Laban, der geriebene Schacherer, der in seinem Leben nie einen schönen Traum träumte, für immer mein oberster Gebieter bleibe und ich, der ich mit Engeln spreche, ein armer Tropf bleibe, ein Kostgänger an fremdem Tisch? Die Geheimnisse, die du dem Großvater anvertraut hast, sind tiefe Geheimnisse, Herr der Welt, aber die praktische Welt hast du schlecht eingerichtet! Ein guter Administrator bist du nicht, Väterchen! Ich habe mir die Dreistigkeit herausgenommen, die Löcher zu stopfen, die du zurückgelassen hast, und nun sag: Wer hat recht, ich oder du? Und darauf antwortet der Engel drinnen: Sei gesegnet, du Kämpfer gegen Gottes Verordnungen, im Namen von Gottes tiefsten Geheimnissen, du Weltverbesserer!

Im Zusammenhang damit drängt sich ein Kommentar für I. B. Mos. 27, 12 auf, wo unser Erzvater Jaakob noch am Beginn seiner Wanderung im Traum die Leiter sieht, die auf der Erde ruht und in den Himmel reicht, auf dessen Sprossen Gottes Engel nach oben und unten steigen. Hier wieder derselbe Gedanke. Von der Erde her ist der Himmel erreichbar und umgekehrt. Es gibt einen steten Kontakt zwischen Himmel und Mensch. Manchmal dürfen Gottes Gedanken in den Menschen eingehen und umgekehrt, manchmal schwingt sich des Menschen Intuition bis zum Gottestum auf, und der Mensch hat das Recht, die Welt zu verändern, die Gott nicht so ganz gestaltete, wie sie zu sein hat. Vielleicht besteht auch darin der Sinn der Worte, die, wie ich glaube, in anderen Religionen kein Beispiel haben: daß Gott den Menschen nach seinem Ebenbild gottähnlich erschaffen habe.

Bekanntlich liegt in dieser Auffassung von des Menschen Fähigkeit und Pflicht, die Welt zu verbessern, der Grundunterschied zwischen der jüdischen und der „arischen" religiösen Weltanschauung. Die Römer und Griechen glaubten an ein goldenes Zeitalter, das der Vergangenheit angehöre; der jüdische Glaube ist — messianisch. Das goldene Zeitalter, d. h. die Zeit des allgemeinen Glücks und Friedens und der Gerechtigkeit, kommt erst in der Zukunft als Folge von unzähligen Menschengeschlechtern, die leiden und kämpfen und lernen werden. Und der Messias wird eben ein Mensch sein. In dieser Auffassung steckt die Wurzel des Begriffs Fortschritt, der dem religiösen Sinn der Römer und Griechen fremd war. Für sie strebt im Gegenteil die Menschheit immer mehr vom goldenen Zeitalter weg zum silbernen hin, zum kupfernen; schließlich zum eisernen. Auch in unserer religiösen Lehre gibt es am Anfang das Paradies, aber es ist nicht das goldene Zeitalter der arischen Legende. Die arische Auffassung ist vom römischen Dichter Ovid genau beschrieben worden: Das erste Zeitalter war das goldene, worin Recht und Gerechtigkeit aus eigenem freiem Willen geübt wurden. Hier gibt es bereits eine Gesellschaft, eine Menschengemeinschaft, die den Begriff Recht und Gerechtigkeit, d. h. den Unterschied von Gut und Böse, kennt. Im jüdischen Mythos wissen Adam und Eva, solange sie im Paradies leben, nicht, was gut und was böse sei. Im Augenblick, da sie des Unterschiedes gewahr werden, d. h., daß sie aus animalischen zu menschlichen Wesen werden, müssen sie das Paradies verlassen und die „Gesellschaft", das erste „Zeitalter", wird inmitten einer wilden Welt von Gefahr und Leiden geboren, einer Welt, die „verbessert" werden muß.

Das ist das Hauptmerkmal der sozialen Philosophie der Bibel. Gott hat die Welt geschaffen, aber ihr Bild muß der Mensch selbst zu Ende formen. Zu diesem Zweck muß er kämpfen, sogar mit Gott ringen, um das, was in eine gerechte Weltordnung sich nicht einfügt, zu ändern. Und seine Waffe in diesem Kampf ist der Begriff des Guten und Bösen; sein Geist und seine Vernunft.

*

Wenn man tiefer blickt, so findet man im Mythos sogar solche Hinweise, die nicht nur einen moralischen, sondern einen praktischen, fast rein technischen Begriff der „Weltverbesserung" bedeuten. Unseres Erzvaters Jaakobs Trick mit Labans Schafen ist besonders charakteristisch. Ich weiß nicht, ob man in Wirklichkeit so sicher die Farbe von Schafen durch jenes Mittel beeinflussen kann, das Jaakob anwandte, aber das ist unwichtig. Wichtig ist der Gedanke: ein „Israëlit" = ein Gottringergedanke. Nach Gottes ursprünglicher Verordnung, nach dem simplen Gesetz der Natur werden von weißen Schafen weiße und von schwarzen Schafen schwarze geboren. Hier aber geht Jaakob hin, greift in das Walten der Natur ein und verändert das. In der Geschichte der weißen Menschenrasse ist das die erste Begründung des Strebens nach Eroberung der Natur, ihr zu diktieren, was und wie sie hervorbringen soll. Der Anfang von alldem, was in der heutigen Sprache Rationalisierung und Organisierung heißt.

Und hier drängt sich in diesem Zusammenhang wieder der Kommentar zur Kain-Geschichte auf. Bekanntlich erblickt in ihr die Bibel-Wissenschaft eine Episode aus dem uralten Kampf zwischen Bauer und Hirt. Der Bauer hat immer den Hirten gehaßt, denn für Rind und Schaf braucht man zuviel Land und sie verderben die Saat, und wenn es gar Ziegen sind, so fressen sie die Rinde rings um den Baumstamm weg. Kain war Bebauer der Scholle, Abel war Hirt. Daher stammt ihre Feindschaft und der Mord. Das ist bekannt. Aber interessant ist im Mythos Gottes Verhältnis zu Kain. Es ist ein schwankendes. Zuerst gefiel dem Herrn gerade Abels Opfer, Kains Opfer wies er zurück. Hier widerhallt des Herrn altes Verhältnis zum Unterscheidungsvermögen — ah, du willst klug sein, meine Erde bebauen, meine Natur zwingen, daß sie dir diene? Dann brauche ich deine Opfer nicht! Aber plötzlich, nachem Kain ein schreckliches Verbrechen begangen, seinen Bruder getötet hatte, zeigte sich, daß der Herr ihn, den Verbrecher, gar nicht vernichten will. Er führt mit ihm Verhandlungen, gewährt ihm Schutz gegen andere Uebeltäter, auf daß sie ihn nicht antasten. Und Kain geht hin und ackert wahrscheinlich weiter — und er „baut eine Stadt". Die erste Stadt der Geschichte. Drängt sich da nicht der Gedanke auf, daß hier der Mythos für alle jene Dinge kämpft, die wir heute Technik, Kultur nennen, für des Menschen Recht auf Beherrschung der Natur zwecks Umwandlung niedriger Wirtschaftsformen in höhere, daß, wenn auch in diesem Prozeß Blut vergossen wird, der Herr sogar dies verzeiht?